

Der Verein «Volksschule ohne Selektion» engagiert sich für eine inklusive Schulentwicklung.

vsos.ch

Integrative Schule gefährdet

In der Deutschschweiz wächst die Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem, in Basel fordern Lehrerinnen und Lehrer eine Rückkehr zur Vergangenheit.¹ Von Mattia Lento

Das Treffen findet an einem kalten Abend im Februar in Basel statt, im Keller des Hauses von Rocco Burdino – jahrzehntelang ein politischer Aktivist in der Schweiz. Seine Gäste sind ein Dutzend Personen, die allesamt auf eine lange politische Tätigkeit innerhalb der italienischen Gemeinschaft in der Schweiz zurückblicken können. Unter ihnen ist auch Dario Mordasini, ein Aktivist aus den Reihen der Unia-Rentner und VPOD-Mitglied, der diese informelle Gruppe namens «5. Dezember» koordiniert. Thema des Abends ist eine Basler Initiative, die als Vorreiter für ähnliche Reformen in anderen Kantonen dienen könnte. Sie nennt sich Förderklassen-Initiative. Die Initiative wirft die Entwicklung der Volksschule um einige Jahre zurück, indem sie die Wiedereinführung von kleineren, separativen Klassen für Schüler:innen mit «hohem Förderbedarf» fordert.

Keine ideologische, sondern eine Ressourcenfrage

Nach der Vorstellungsrunde steht fest, dass alle Anwesenden mit dem Bildungssystem in der Schweiz zu tun hatten oder noch haben. Die Wunden, die das separate Bildungssystem verursacht hat, sind in einem Teil der italienischen Gemeinschaft in der Schweiz immer noch offen, und die Angst vor einer Rückkehr zu einer Vergangenheit, in der Diskriminierung an der Tagesordnung war, wird von allen geteilt. Basel ist tatsächlich nur die Spitze des Eisbergs: In Zürich stellt eine vielbeachtete Umfrage der Neuen Zürcher Zeitung fest, dass die Eltern der Inklusion zunehmend kritisch gegenüberstehen, und auch in Bern hat der Grosse Rat eine Überprüfung des inklusiven Klassenmodells gefordert.

In der Diskussion im Hause Burdino wird die Ansicht vertreten, dass es nicht ausreicht,

die inklusive Schule nur aus ideologischer Sicht zu verteidigen. Integrative Klassen seien nur unter bestimmten Bedingungen für Kinder mit oder ohne sonderpädagogischem Förderbedarf ein Gewinn. Die Umsetzung einer inklusiven Schule bedeutet, auch den Unterricht neu zu denken und die Arbeit der Lehrer:innen mit Ressourcen und Personal angemessen zu unterstützen. Dies wird durch eine seit kurzem häufig zitierte Studie bestätigt («Peers with Special Needs: Effects and Policies», Balestra-Eugster-Liebert, 2022), die feststellt, dass der Anteil von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse 15-20 Prozent betragen und ihre Inklusion von geeigneten Unterstützungsmassnahmen begleitet werden sollte, damit diese wirklich gut funktionieren kann.

An Problemen fehlt es nicht

In Basel, da sind sich alle Anwesenden einig, bricht das System nicht zusammen, aber die Umsetzung der Inklusion klappt nicht überall so, wie sie sollte, und lastet mitunter schwer auf den Schultern der Lehrer:innen. Dies wird auch von den politischen und gesellschaftlichen Kräften anerkannt, die die Initiative ablehnen. Die Basler Zeitung hat den Überlegungen von Basler Lehrerinnen und Lehrern viel Raum gegeben, die die Initiative unterstützen. Aus den Interviews geht hervor, dass die grössten Probleme die zunehmende Heterogenität, die fehlenden Heilpädagog:innen sowie die steigende Zahl von Schüler:innen ist, die Schwierigkeiten haben, mit Frustrationen umzugehen. Der VPOD Region Basel hat sich noch nicht zur Initiative geäussert. Klar ist jedoch, dass die Inklusion in der Form, wie sie heute stattfindet, auch von nicht-bürgerlichen Kräften in Frage gestellt wird.

Tessiner Modell für die ganze Schweiz?

Wenn man sich mit schulischer Inklusion beschäftigt, kann man feststellen, dass das Tessiner Modell für viele Menschen in der Deutsch- und Westschweiz Vorbildcharakter hat, die sich für eine weniger selektive, integrativere und diskriminierungsfreie Schule einsetzen. Insbesondere wie der Übergang in die Sekundarschule gestaltet ist, ist ein positives Beispiel für gelungene antidiskriminierende Bildungspolitik. Im Kanton Zürich, wo im Alter von 12 und 13 Jahren die erste wirkliche Selektion ins Gymnasium durch eine Prüfung stattfindet, belohnt das System die Kinder wohlhabender Familien. Alle Untersuchungen belegen, dass die frühe Selektion die sozioökonomische Kluft in der Gesellschaft weiter vergrössert.

Das Tessin hingegen ist ein Kanton, in dem es für viele Kinder möglich ist, das Gymnasium zu besuchen, auch wenn sie aus nicht wohlhabenden Familien stammen. Die geringere Selektivität des Tessiner Bildungssystems ist auch darauf zurückzuführen, dass dieser Kanton es sich nicht leisten kann, so selektiv zu sein wie die Deutschschweiz, weil der Arbeitsmarkt nicht so viele Menschen mit Tertiärbildung aufnehmen kann. Zweifellos hat das Tessin im Vergleich zur übrigen Schweiz aber nicht nur eine geringere Selektivität, sondern auch ein funktionierendes integratives System mit geeigneten Unterstützungsmassnahmen, die pädagogisch und didaktisch auf dem neuesten Stand sind sowie ausreichende Ressourcen für Inklusion.

Im Bereich der Inklusionspolitik und der Sonderpädagogik wird das Tessin deshalb auch diesseits des Gotthards geschätzt. Soeben haben linke Kräfte in Genf einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der vom Tessiner Modell inspiriert ist und sich am Tessiner Gesetz zur schulischen Inklusion von 2012 orientiert. ■

Übersetzt und zusammengefasst von Katrin Meier.

Mattia Lento ist Forscher, Lehrer und Journalist.

¹ Grundlage dieses Textes sind zwei Artikel von Mattia Lento «La scuola inclusiva sempre più a rischio» und «Il modello Ticino». Erschienen sind die Artikel im März 2023 in der Zeitung AREA der Gewerkschaft UNIA.